Initiative
leiser-bergmannkiez.de

post@leiser-bergmannkiez.de

www.leiser-bergmannkiez.de

Verkehrswende einleiten – jetzt !

Nachdem die „große“ Koalition in Berlin abgewählt ist, besteht die Möglichkeit, im Rahmen der anstehenden Koalitionsverhandlungen einen Wechsel in der Berliner Verkehrspolitik durch einen Wechsel an der Spitze der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt herbeizuführen. Die bisherige Leitung der Senatsverwaltung als politische Verantwortliche der VLB propagiert zwar eine „Fußverkehrsstrategie“, verweigerte aber faktisch eine Abkehr von der Bevorzugung des Autos in der Stadt.

Eine zukunftsweisende städtische Verkehrspolitik in Berlin darf nicht länger den motorisierten Verkehr bevorzugen. Nicht erforderlich ist es, dass Kiez-Straßen wie die Zossener- und Friesenstraße in die Kategorie „Ergänzungsstraßen“ für das übergeordnete Straßennetz von Berlin eingestuft werden, nur damit Autos, LKWs und Fernbussen durch unseren Kiez brausen. Es reicht, wenn wir hier Anlieger- und Lieferverkehr haben. Die VLB hält seit Jahren gegen alle Forderungen aus dem Bezirk am Status „Ergänzungsstraße“ fest. So ist es dem Bezirk unmöglich, „Durchfahrt verboten“ für den motorisierten Durchgangsverkehrs in Nord-Süd-Richtung zwischen Berlin-Mitte und der Autobahnauffahrt Tempelhof über Zossener- und Friesenstraße zu beschließen.

Die Parteien einer neuen Koalition haben es angesichts der Mehrheitsverhältnisse nun in der Hand, das zu tun, was vor der Wahl versprochen wurde: Eine Änderung der „Ergänzungsstraßen“-Einstufung für unsere Kiez-Straßen – als Voraussetzung, dem motorisierten Verkehr an der Zossener Straße vor der Markthallen-Kreuzung die Durchfahrt zu verbieten.

Wir fordern die Parteien auf: Bleiben Sie bei ihren politischen Aussagen und sorgen Sie dafür, dass aus Worten vor der Wahl nun auch Taten nach der Wahl folgen!

Wir brauchen eine Änderung bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, hin zu einer zukunftsweisenden Verkehrspolitik für Berlin! Die Parteien stellen in den Koalitionsverhandlungen die Weichen dafür, ob der Unmut über die Politik künftig weiter wächst, oder ob Vertrauen in das politische Handeln zurückgewonnen wird!

In diesem Zusammenhang erinnern wir daran, dass in der kommenden Legislaturperiode ab 2018 die Neufassung des „Lärmaktionsplans“ auf der Tagesordnung steht. Die Diskussion um den aktuellen (2013-2018) wurde durch eine schlechte Zeitplanung erst 2015 in Kraft gesetzt (DS 17/2041 v. 12.01.2015). Auch hier ist u.a. die Friesenstraße als besonders belastet benannt. Wir fordern Sie auf, die Diskussion um die Neufassung frühzeitig zu beginnen, damit die Umsetzung der praktischen Konsequenzen aus dem nächsten LAP 2018-2023 überhaupt möglich ist.